Friedenstüchtig
statt kriegstüchtig:

Nein zu Militarisierung! Nein zum Krieg!

Friedensfähig statt kriegstüchtig!

Am 1. September ist Antikriegstag. 1939 hat Nazi-Deutschland Polen überfallen und den Zweiten Weltkrieg begonnen. Aus unserer Geschichte erwächst die Verantwortung, für Frieden einzutreten. Deshalb sagen wir:
Nein zu Aufrüstung, Militarisierung und Krieg!

Die Bundesregierung geht den entgegengesetzten Weg. Sie lockerte die Schuldenbremse, um Deutschland „kriegstüchtig“ zu machen, und will die Rüstungsausgaben bis 2035 massiv erhöhen. Donald Trump fordert von den NATO-Staaten Militärausgaben von 5 Prozent der Wirtschaftsleistung. Für Deutschland wären das rund 225 Milliarden Euro jährlich. Während der Militärhaushalt explodiert, werden Gesundheitssystem und Kommunen kaputtgespart, Familien müssen jeden Euro zweimal umdrehen und Rentner*innen Flaschen sammeln. Es reicht!

Das Wehrdienstgesetz bereitet die Rückkehr der Wehrpflicht vor. Wir sagen Nein zur Wehrpflicht und zu Ersatz- oder Zwangsdiensten! Junge Menschen brauchen Bildung, bezahlbares Wohnen, sozial gerechten Klimaschutz und eine friedliche Zukunft – keine Einberufung. Frieden entsteht nicht durch Aufrüstung, sondern durch soziale Gerechtigkeit, internationale Solidarität und zivile Konfliktlösung.

Die Linke fordert:

Investitionen in Schulen, Krankenhäuser und den sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft – statt in Waffen und Rüstungsprofite.

Ein Ende des russischen Angriffskriegs in der Ukraine, des Genozids in Gaza und der völkerrechtswidrigen Angriffe der USA gegen den Iran und Venezuela.

Verbot aller Rüstungsexporte, insbesondere in Kriegs- und Krisengebiete. Rückruf der Bundeswehr aus allen Auslandseinsätzen.

Keine Wiedereinführung der Wehrpflicht. Kein Werben fürs Sterben an Schulen. Hochschulen ohne Militär.

Parteivorstand der Partei Die Linke, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin, Tel. 030/24009-999, Redaktionsschluss 29.7.2026, www.die-linke.de, V.i.S.d.P. Janis Ehling